

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 23.02.2021

1) TOP Einwohnerfragen

Einwohnerfragen werden keine gestellt.

2) TOP 1-008/21 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Oberbürgermeister Pauly gibt aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. Januar 2021 bekannt, dass der Gemeinderat Herrn Erich Lafera zum neuen Sachgebietsleiter Vereinsförderung und Sport gewählt hat. Herr Lafera wechsle von der Stadt Trossingen zur Stadt Donaueschingen und werde voraussichtlich zum 1. April 2021 seinen Dienst antreten.

Des Weiteren habe der Gemeinderat den Verkauf einer Gewerbefläche in der Kernstadt beschlossen.

Beschluss: Die Bekanntgabe wird zur Kenntnis genommen.

3) TOP 5-008/21 Bebauungsplan "Unter dem Scheibenrain" - Städtebaulicher Vertrag

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 5-008/21/1.

3.1) TOP 5-008/21/1 Bebauungsplan "Unter dem Scheibenrain" - Städtebaulicher Vertrag

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 5-008/21/1 ein.

Bei der Anlage 2 der Tischvorlage seien die Änderungen in Rot eingefügt worden.

Auf Nachfrage werden keine Fragen aus dem Gremium gestellt.

Beschluss: Dem städtebaulichen Vertrag in der neuen Fassung wird zugestimmt.

(26 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen)

4) TOP 4-008/21 Bebauungsplan "Unter dem Scheibenrain" / Aasen - Satzungsbeschluss

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-008/21 ein.

Er weist darauf hin, dass nach verwaltungsinterner Abstimmung die Beschlussziffer 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt werden soll:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Bekanntmachung der Satzung erst nach der notariellen Beurkundung des städtebaulichen Vertrages vorzunehmen."

Dieser Zusatz garantiere, dass der städtebauliche Vertrag in Kraft sei, bevor Planungen beschlossen würden.

Auf Nachfrage ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend ergänzt und nach den folgenden Beratungen zur Abstimmung gestellt.

Frau Deierling, Planungsbüro Hornstein, stellt dem Gremium ihre Präsentation „Bebauungsplan Unter dem Scheibenrain Donaueschingen-Aasen“ vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt. Sie verweist dabei auf die markierten Änderungen, denen nun zugestimmt werden müsse.

(Auf Nachfragen von Stadtrat Rögele): Über-Eck-Verglasungen seien aufgrund des Vogelschutzes nicht vorgesehen. Wegen der exponierten Hanglage könnten Spiegelungen entstehen, die Vogelschlag verursachen würden. Hecken aus Nadelgehölzen seien nicht zulässig, da heimischen Bäume wie Laubbäume bevorzugt würden (vgl. Seite 19 Anlage 2).

Die Installation von Photovoltaik-Anlagen sei grundsätzlich zulässig und problemlos möglich, das brauche nicht erwähnt werden.

Eine Tankstelle sei nicht vorgesehen. Das Plangebiet sei ein reines Wohngebiet. Ob eine Elektroladesäule möglich sei, müsse geprüft werden.

Stadtrat Roland Erndle fragt nach, ab wieviel Wohneinheiten ein Spielplatz erforderlich sei.

Frau Deierling: Das betreffe den baurechtlichen Bereich.

Amtsleiter Butsch: Er werde das prüfen und die Antwort nachreichen.

Frau Deierling (auf Nachfrage von Stadträtin Wesle): Parkbuchten in den Straßen seien nicht vorgesehen, da Stellplätze entlang der Grundstücke ausreichend vorhanden seien. Auch Carports seien auf den Grundstücken zulässig.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen / Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Auslegung (Offenlage) eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt.

2. Der Planentwurf wird gebilligt.
3. Der Bebauungsplan „Unter dem Scheibenrain“ / Aasen wird nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bekanntmachung der Satzung erst nach der notariellen Beurkundung des städtebaulichen Vertrages vorzunehmen.

(26 Ja, 0 Nein, 5 Enthaltungen)

5) TOP 4-009/21 Bebauungsplan "Neue Wolterdinger Straße (ehemalige Firma Fischbach)" - Billigung Planentwurf und Beschluss frühzeitige Beteiligung Öffentlichkeit und Behörden

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-009/21 ein.

Herr Leopold, Rottweiler Ingenieur- und Planungsbüro, stellt dem Gremium die Präsentation „Kreatives Bauen“ vor. Diese ist der Niederschrift beigelegt. Die Gewerbefläche soll in eine Mischgebietsfläche umgewandelt werden.

Amtsleiter Unkel: Der Investor, Herr Binefeld von der Binefeld Bauen + Wohnen GmbH aus Trossingen, habe nicht die ganze Fläche erwerben wollen, sondern nur das vorgestellte Teilgebiet. Es werde dennoch begrüßt, dass dieses Gebiet entwickelt werde. Wenn der Gemeinderat dem zustimme, könne der Investor starten. Der übrige Teil stehe noch nicht zum Verkauf an.

Der Aufstellungsbeschluss sei aus stadtplanerischer Sicht vertretbar. Die Baumasse sei reduziert worden. Das viergeschossige Boardinghouse diene als Lärmschutzriegel.

Fraktionssprecher Blaurock: Grundsätzlich könne er zustimmen. Es sei ungünstig, dass das Bauplanverfahren nur ein Viertel der Fläche betreffe und nicht das ganze Areal. Das straßenseitige Boardinghouse als Lärmschutzriegel zu planen, sei keine ideale Lösung.

Fraktionssprecher Greiner schließt sich an. Die L-Form wirke extrem wuchtig. Für den Schallschutz brauche es zudem kein viergeschossiges Gebäude, da in der zweiten Reihe dreigeschossige Gebäude geplant seien. Die straßenseitigen Stellplätze seien in dieser Anordnung ungünstig, da die Neue Wolterdinger Straße stark befahren sei. Er schlage Längsparkplätze vor.

Fraktionssprecher Milbradt: Fraglich sei, ob es das Boardinghouse zusätzlich zu den anderen Hotels und Übernachtungsgelegenheiten in dieser Größe brauche. Die Gebäude seien insgesamt zu hoch entworfen. Der Bebauungsplan sehe außer der Dachbegrünung keine Grünflächen und auch keinen Spielplatz vor.

Herr Leopold: Ein Kinderspielplatz werde im Laufe des Planverfahrens nach Maßgabe der Landesbauordnung eingeplant. Vorgesehen sei ein größerer Kinderspielplatz für drei bis vier Mehrfamilienhäuser.

Die Offenlandfläche sei von bisher 20 Prozent auf 30 Prozent erweitert worden, aber der Bau der Tiefgarage nehme viel Platz weg. Größere Grünflächen seien nicht vorgesehen.

Stadträtin Wiemer fragt nach, ob es eine Tiefgarage gebe, die vom Tiefen Weg aus befahren werden könne. Solche Parkplätze seien weniger gefährlich, als an der Neuen Wolterdinger Straße.

Herr Leopold: Es werde eine Sammeltiefgarage mit Zufahrt vom Tiefen Weg geben. Das reduziere den Bedarf an straßenseitigen Stellplätzen. Man plane 1,5 Parkplätze pro Wohneinheit, obwohl nur 1,0 Parkplätze vorgeschrieben seien.

Stadträtin Wiemer fragt nach, ob eine Tankstelle und eine Ladestation für Elektromobilität vorgesehen seien. Auch eine Wasserstofftankstelle sei von Bedeutung.

Herr Leopold verweist auf die Tankstelle in unmittelbarer Nähe. Eine Ladestation für Elektromobilität sei ebenso wenig geplant.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Kaminski): Aus Rücksicht auf den Rad- und Fußverkehr an der Neuen Wolterdinger Straße Richtung Wolterdingen könnten die Stellparkplätze auch längs oder in Schrägstellung angeordnet werden. Das erhöhe den Platzbedarf und ergebe statt der geplanten zehn Stellplätze nur sechs bis sieben Längsparkplätze.

(Auf Nachfrage von Stadträtin Stocker-Werb): Einzelhandel werde es im Plangebiet nicht geben.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Im Falle einer Bodenbelastung sei der Investor für die Beseitigung der Schadstoffe zuständig.

Herr Binefeld, Binefeld Bauen + Wohnen GmbH: Coronabedingt gebe es mittlerweile weniger Interessenten für Übernachtungen im Boardinghouse. Die Nachfrage nach den Mini-Appartements sinke. Eine zweigeschossige Bauweise wäre für ihn nicht mehr rentabel. Er könne sich durchaus vorstellen, ein Ärztehaus, eine Apotheke und eine Bäckerei einzuplanen.

Stadtrat Milbradt fragt nach, wieviel Wohneinheiten in dem Boardinghouse geplant seien und ob es sich um Miet- oder Eigentumswohnungen handle.

Herr Binefeld: Im ursprünglichen Boardinghouse würden zwischen 14 und 18 kleinere Eigentumswohnungen entstehen: Vorgesehen seien 2-Zimmerappartements von ungefähr 40qm² und 3.-Zimmerappartements von ungefähr 65 qm². Der Trend ging zu kleineren Wohneinheiten. Die Praxis der Physiotherapie solle beibehalten werden.

Amtsleiter Unkel: Die Planung von Einzelhandelsgeschäften sei ausgeschlossen. Der Standort einer Apotheke etc. sei nie Thema gewesen.

Oberbürgermeister Pauly: Auch über die Geschosshöhe bestehe Uneinigkeit. Ein Satzungsbeschluss sei so nicht möglich.

Fraktionssprecher Blaurock: Die Grünen-Fraktion lehne Beschlussvorschlag Nr. 2 mehrheitlich ab.

Fraktionssprecher Greiner: Die Frage der Geschosshöhe lasse sich nicht so schnell lösen. Die CDU-Fraktion begrüße grundsätzlich, dass Herr Binefeld das Areal entwickle. Die CDU-Fraktion favorisiere eine gestalterisch attraktive Flächenentwicklung. Ein Vorschlag sei, die Geschosshöhe entsprechend der Steigung der Neuen Wolterdinger Straße abzustufen. Seine Fraktion schlage vor, die Beratungen abubrechen und den Beschluss zu vertagen.

Die Sitzung wird für fraktionsinterne Beratungen von 20:19 Uhr bis 20.40 Uhr unterbrochen.

Oberbürgermeister Pauly: Die CDU-Fraktion stelle den Geschäftsordnungsantrag auf Überprüfung, ob das Boardinghouse weiterhin in Planung sei und falls ja, ob die Geschosshöhe reduziert werden könne. Eine Abstimmung sei in der heutigen Sitzung nicht zweckmäßig. Die Anregungen würden in die Planung aufgenommen und ein Lösungsvorschlag vorgestellt.

Auf Nachfrage ergeht zu dieser Vorgehensweise kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

6) TOP 1-009/21 Beantragung Zusatzbezeichnung "Donauquellstadt"

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-009/21 ein. Die Stadt habe durch Änderung des § 5 Gemeindeordnung (GemO) die Möglichkeit, eine Zusatzbezeichnung zu beantragen. Daraufhin habe Herr Biehler, Hauptamtsleiter, den Vorschlag unterbreitet, für die Stadt Donaueschingen die Zusatzbezeichnung „Donauquellstadt“ zu beantragen.

Amtsleiter Biehler: Es gehe darum, dass Donaueschingen künftig die Zusatzbezeichnung „Donauquellstadt“ führen dürfe. Eine solche Bezeichnung könne auf dem Ortseingangsschild geführt werden. Aufgrund der Tragweite und Bedeutung der Zusatzbezeichnung für die Stadt sei bei der Beschlussfassung eine qualifizierte Mehrheit erforderlich. Das bedeute, dass die Zustimmung von 27 Mitgliedern des Gemeinderats vorliegen müsse.

Oberbürgermeister Pauly dankt Herrn Biehler für den guten Vorschlag. Die Stadt könne mit der neuen Bezeichnung „Donauquellstadt“ ein Alleinstellungsmerkmal erlangen.

Stadtrat Kuttruff: Er frage sich, welchen Nutzen die Zusatzbezeichnung auf dem Ortseingangsschild bringe. Das städtische Logo habe bereits den Zusatz „Am Ursprung“. Das Tourismuskonzept sei beschlossen. Entweder beziehe sich die Stadt auf „Am Ursprung“ oder auf die „Quelle“ und führe die Bezeichnung „Donauquellstadt“ ein. Die Änderung verursache zudem Kosten.

Stadtrat Lienhard: Die CDU-Fraktion unterstütze den Vorschlag. Die Zusatzbezeichnung solle beantragt werden.

Fraktionssprecher Blaurock: Die GRÜNEN-Fraktion stimme dem Vorschlag zu. Der Zusatz „Donauquellstadt“ sei nicht irreführend. In Donaueschingen entstehe die Donau. Er sehe auch keinen Widerspruch zu bisherigen Konzepten. Das Logo beziehe sich mit dem Quelltopfsymbol auf die Donauquelle. Auch beim Tourismuskonzept stehe die Quelle im Vordergrund.

Stadträtin Wiemer: Sie schließe sich gerne an und sehe darin eine Ergänzung zu bisherigen Konzepten wie „Donauradweg“ oder „Neugestaltung des Donauzusammenflusses“. Der Vorschlag sei herausragend.

Fraktionssprecher Milbradt: Die GUB-Fraktion freue sich über den Vorschlag.

Amtsleiter Biehler: Der Zusatz „Am Ursprung“ sei zu unbestimmt. und eigne sich nicht für eine Zusatzbezeichnung. Eine Zusatzbezeichnung nach § 5 Gemeindeordnung sei nicht zu aktuellen Marketingzwecken gedacht, sondern soll vorrangig einen dauerhaft bestehenden Umstand in Bezug auf die Stadt herausstellen. Dies sei nun mal die Donauquelle. Mit „Am Ursprung“ könne vieles gemeint sein. Die Bezeichnung „Donauquellstadt“ aber könne es nur aber einmal geben. Die Zusatzbezeichnung sei auf Dauer angelegt. Eine Tourismuskonzeption sei nach 20 Jahren nicht mehr aktuell.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Verleihung der Zusatzbezeichnung „Donauquellstadt“ nach §5 Abs. 3 GemO zu beantragen.

(28 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

7) TOP 6-001/21 Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen – Schließung wegen Corona-Virus/Erlass der Elternbeiträge für Januar 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-001/21 ein.

Stadträtin Riedmaier lobt, dass das Notbetreuungsangebot gut sei und der zweite Corona-Lockdown viel besser vorbereitet sei.

Stadtrat Reinbolz fragt nach, welches Hygiene- und Sicherheitskonzept für Kindergärten und Schulen aufgestellt sei und wie der Einsatz von Raumlufffiltern bewertet werde. Bei positiver Bewertung bitte er um die Verwendung von Raumlufffiltern, auch wenn der Einsatz höhere Kosten verursache.

Die SPD Fraktion stelle den Antrag auf Streichung von Satz 2 des Beschlussvorschlags Nr. 1 bei der Abstimmung über Beschlussvorschlag Nr. 1- Nr. 3:

„Für die erweiterte Notbetreuung sowie den eingeschränkten Regelbetrieb sind weiterhin Elternbeiträge in Höhe des jeweiligen Betreuungsangebots zu bezahlen.“

Falls es dafür keine Mehrheit gebe, werde der Antrag gestellt, die Gebühren für die Notbetreuung tageweise abzurechnen und Satz 2 des Beschlussvorschlags Nr. 1 entsprechend anzupassen.

Oberbürgermeister Pauly: Die Nachfrage zum Hygiene- und Sicherheitskonzept und bezüglich der Verwendung von Luftfiltern werde geprüft und eine Antwort nachgereicht.

Fraktionssprecher Blaurock weist darauf hin, dass entsprechende Anträge bereits gestellt und vom Gremium mehrheitlich abgelehnt worden seien.

Oberbürgermeister Pauly: Der Gemeinderat habe den gleichen Verhandlungsgegenstand am 28. Juli 2020 behandelt. Der Antrag von Frau Stadträtin Riedmaier, die Gebühren für die Notbetreuung tageweise abzurechnen, sei in der Sitzung am 28.07.2020 abgelehnt worden. Nach §34 Absatz 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg seien die vorliegenden Anträge zulässig, da mehr als sechs Monate vergangen seien.

Bürgermeister Graf (auf Nachfrage von Stadtrat Reinbolz): Die Erstattungsbeträge des Landes Baden-Württemberg in Höhe von voraussichtlich 80 Prozent würden an alle Kindergartenträger weitergeleitet, auch wenn kein Antrag eingegangen sei.

Amtsleiter Romer (auf Nachfrage von Stadtrat Reinbolz): Die restlichen 20 Prozent der erlassenen Elternbeiträge, die das Land nicht erstattet, würden über die Betriebskostenabrechnung finanziert.

Stadträtin Riedmaier hebt hervor, dass das Notbetreuungsangebot viel unkomplizierter in Anspruch genommen werden könne als während des ersten Lockdowns im vergangenen Frühjahr.

Amtsleiter Romer bestätigt das. Die Erhebung der Beiträge für die Notbetreuung sei gerechtfertigt. Eine tagesweise Abrechnung der Gebühren bedeute einen enormen Verwaltungsaufwand.

Änderungsanträge

Oberbürgermeister Pauly stellt zunächst den weitestgehenden Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung. Nach der Ablehnung des Antrags lässt Oberbürgermeister Pauly über den zweiten Änderungsantrag abstimmen, der ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wird.

Beschluss:

1. Es wird zugestimmt, dass bei den Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat Januar 2021 verzichtet wird.

2. Es wird zugestimmt, bis zur vollständigen Öffnung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen über den Januar 2021 hinaus anteilmäßig auf die Erhebung von Elternbeiträgen zu verzichten.
3. Es wird zugestimmt, die vom Land Baden-Württemberg für die Zeit des Corona-Lockdowns angekündigte Erstattung für den Ausfall der Kindergartenbeiträge an die Kindergartenträger weiterzuleiten.

(5 Ja, 26 Nein, 0 Enthaltung)

Der Antrag der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

1. Es wird zugestimmt, dass bei den Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat Januar 2021 verzichtet wird.
Für die erweiterte Notbetreuung sowie den eingeschränkten Regelbetrieb werden die Elternbeiträge teilweise abgerechnet.
2. Es wird zugestimmt, bis zur vollständigen Öffnung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen über den Januar 2021 hinaus anteilmäßig auf die Erhebung von Elternbeiträgen zu verzichten.
3. Es wird zugestimmt, die vom Land Baden-Württemberg für die Zeit des Corona-Lockdowns angekündigte Erstattung für den Ausfall der Kindergartenbeiträge an die Kindergartenträger weiterzuleiten.

(3 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltung)

Der Antrag der SPD-Fraktion ist somit auch abgelehnt.

1. Es wird zugestimmt, dass bei den Kinderbetreuungseinrichtungen auf die Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat Januar 2021 verzichtet wird.
Für die erweiterte Notbetreuung sowie den eingeschränkten Regelbetrieb sind weiterhin Elternbeiträge in Höhe des jeweiligen Betreuungsangebots zu bezahlen.

2. Es wird zugestimmt, bis zur vollständigen Öffnung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen über den Januar 2021 hinaus anteilmäßig auf die Erhebung von Elternbeiträgen zu verzichten.
3. Es wird zugestimmt, die vom Land Baden-Württemberg für die Zeit des Corona-Lockdowns angekündigte Erstattung für den Ausfall der Kindergartenbeiträge an die Kindergartenträger weiterzuleiten.

(31 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung)

8) TOP 7-005/21 Genehmigung der Haushaltssatzung 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-005/21 ein.

Beschluss:

Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung und die diesbezüglichen Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

9) TOP 7-006/21 Vergnügungssteuer-Erhöhung, Satzungsänderung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-006/21 ein.

Fraktionssprecher Milbradt beantragt, die Satzungsänderung aufgrund der Belastungen wegen der Corona-Pandemie erst zum 1. Januar 2022 in Kraft treten zu lassen.

Amtsleiter Zoller: Die Einnahmen der Vergnügungssteuer seien im Haushaltsplan mit 900.000 Euro veranschlagt. Die eingeplanten Mehrerträge könnten dann nicht eingenommen werden. Ungefähr 80 Prozent der Spielautomaten seien in Spielhallen und nur 20 Prozent in Gaststätten aufgestellt. Im Übrigen falle die Steuer erst an, wenn die Spielautomaten bedient würden.

Oberbürgermeister Pauly lässt über den Änderungsantrag der GUB-Fraktion wie folgt abstimmen:

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer wird gemäß Anlage 1 mit der Änderung beschlossen, dass diese erst zum 1. Januar 2022 in Kraft tritt.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die ggfs. mit dem Beschluss in Verbindung stehenden weiteren Änderungen eigenmächtig in die Satzung einzuarbeiten.

(6 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen)

Damit ist der Änderungsantrag der GUB-Fraktion abgelehnt.

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer wird gemäß Anlage 1 beschlossen.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die ggfs. mit dem Beschluss in Verbindung stehenden weiteren Änderungen eigenmächtig in die Satzung einzuarbeiten.

(30 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

10) TOP 7-007/21 Finanzhaushalt - Übertragung von Haushaltsmitteln in das Jahr 2021

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-007/21 ein.

Das geplante Buswartehaus an der Haltestelle in Pfohren werde nicht mehr gebraucht, da sich die Busroute geändert habe. Die Maßnahme entfalle. Der Haushaltsmittelübertrag werde aus der Liste gestrichen (Anlage 1).

Beschluss:

Der Übertragung der Haushaltsreste von 2020 nach 2021 gemäß der beigefügten Anlage wird zugestimmt.

(31 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen)

11) TOP 9-004/21 RÜB Aufen Süd - Vergabe Sanierung hydraulische und elektrische Ausstattung

Herr Stadtrat Christian Kaiser ist befangen. Er verlässt den Ratstisch und nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 9-004/21 ein.

Beschluss: Die Firma Franz Lohr GmbH, Ravensburg, wird mit der Sanierung der hydraulischen und elektrischen Ausstattung zum Angebotspreis von 122.748,00 € beauftragt.

(30 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen, 1 Befangenheit)

12) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Bürgerempfang am 24. Juli 2021

Oberbürgermeister Pauly: Der Bürgerempfang finde dieses Jahr am 24. Juli 2021 statt und nicht am 17. April 2021, wie in der Fraktionssprechersitzung bekanntgegeben.

13) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Schnelltests und Infektionsgeschehen

Oberbürgermeister Pauly (auf Nachfrage von Stadträtin Weishaar): Bekannt sei, dass es in Betrieben wie Touratech in Niedereschach oder in Altenheimen vermehrt zu Infektionen mit dem Corona-Virus gekommen sei. Generell sei die Nachverfolgung aufgrund des diffusen Infektionsgeschehens schwierig.

Das städtische Angebot zur Testung auf das Coronavirus werde am Freitag stärker nachgefragt als am Montag.

Stand der Aktivitäten Amt 2 und Amt 8

Stadträtin Wiemer fragt nach, was das Tourismus- und Marketingamt und das Kulturamt während der Corona-Krise planen können und welche Aufgaben anstünden.

Amtsleiter Haller zählt beispielhaft folgende Aktivitäten aus dem Tourismus- und Marketingamt auf:

- Derzeit würden vor allem Projekte der kommenden Saison im Hintergrund vorbereitet.
 - Die städtische Homepage werde auf Englisch und Französisch übersetzt.
 - Die Konzeption eines Infopoints und eines Erlebnispfads am Donauursprung werde gemeinsam mit dem Regierungspräsidium erarbeitet.
 - Das Team unterstütze die Umsetzung des neuen Stadtführers.
 - Auch seien verschiedene Aktivitäten mit dem Citymanagement in Arbeit.
- Zudem seien zwei seiner Mitarbeiter für die Corona-Hotline eingesetzt. Des Weiteren würden die Aufgaben der vakanten Sachgebietsleiter-Stelle über das Team der Tourist-Info mitübernommen.

Amtsleiterin Rüllke erläutert, dass die Aktivitäten des Kulturamts von den Inzidenzwerten und vom Stufenplan der Landesregierung abhängen. Konzerte der Gesellschaft der Musikfreunde ließen sich mit einem Hygiene- und Sicherheitskonzept flexibel durchführen. Hier seien die Erfahrungen mit einem Organisationsteam aus Mitarbeiterinnen des Kulturamts und Ehrenamtlichen sehr gut.

Pop-up Konzerte seien im August in Vorbereitung. In Kooperation mit Vereinen wie dem Kommunalen Gucklochkino seien wieder Kulturwochenenden im Parkschwimmbad und auf dem Max-Rieple-Platz in Planung.

Mitte des Monats werde mit den Musikvereinen eine Probe zum Musiktage-Projekt „Donauwelle“ von Daniel Ott geprobt.

Für das Projekt „Solidarität, Wertschätzung, Verbundenheit und Aufarbeitung“ zum Gedenken an die Deportation jüdischer Bürger ins Konzentrationslager Gurs habe die Stadt Donaueschingen vom Verein 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V. eine Förderzusage über 5.400 Euro erhalten. Die Projektmittel für das Festjahr 2021 stelle das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) zur Verfügung.

Für die Gesellschaft der Musikfreunde sei eine neue, moderne Website gestaltet worden, und aktuell die Saisonbroschüre 2021/22 in Arbeit.

Gaststätten - Sondernutzung Außenbewirtschaftung

Stadtrat Milbradt beantragt, die Sondernutzungserlaubnis für die Außenbewirtschaftung der Gaststätten zu verlängern, um größere Außenstellflächen unter Corona-Bedingungen bestuhlen zu können. Zudem solle die Sondernutzungsgebühr erlassen werden, wenn die Nutzung der Außenfläche auf Grund der Einhaltung der Corona-Verordnung nicht möglich war.

Oberbürgermeister Pauly: Das Anliegen werde vom Ordnungsamtsleiter geprüft.

Aktion „Saubere Landschaft“

Bürgermeister Graf (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Die Aktion „Saubere Landschaft“ werde es in irgendeiner Form wieder geben. Das werde derzeit geprüft.

Schulleiterbesuch in Gemeinderatssitzung

Stadtrat Rögele schlägt vor, dass der Schulleiter der Eichendorffschule, Herr Moellen, in der nächsten Gemeinderatssitzung aus der Praxis der Schulen während der Corona-Krise berichten solle.

Die Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadtverwaltung, insbesondere mit Amt 6 Bildung und Soziales funktioniere laut Herrn Moellen sehr gut.

Amtsleiter Romer: Am besten wäre der Besuch in der Hauptausschusssitzung im Juli 2021 einzuplanen, wo alle Schulleiter eingeladen seien, um aus dem Schulwesen zu berichten.

Oberbürgermeister Pauly: Das Anliegen werde geprüft.